

STADTREDAKTION HEIDELBERG

So erreichen Sie uns:

Tel.: 0 62 21 - 51 92 24/28
Fax: 0 62 21 - 51 92 35

E-Mail: stadtreddaktion@rnz.de

Auf Kraus muss es nicht zulaufen

Markthalle: Viele Räte skeptisch

hō. Nach dem Rückzug der Brüder Weidenhammer, die aus dem Alten Hallenbad einen Kulturtempel mit dem Unterwegstheater als Hauptmieter machen wollten, schien zunächst alles auf Hans-Jörg Kraus und sein Markthalen-Konzept zuzulaufen. Aber dem ist nicht so. Der Gemeinderat hat erst vor zwei Wochen die europaweite Ausschreibung beschlossen, erste Ergebnisse liegen im Oktober vor.

Die 22 Gemeinderäte, die im letzten Juli für das Weidenhammer-Kulturkonzept gestimmt haben (für Kraus waren 17), laufen nun nicht automatisch ins Markthalen-Lager über: Annette Trabold (FDP) findet es „jammerschade, wenn ins Herrenbad etwas anderes kommt als eine kulturelle Nutzung, das ist der beste Kammermusiksaal der Stadt“. Für Trabold ist die Kultur „nicht die teuerste Lösung, weil da am wenigsten am Gebäude verändert wird“. Auch die SPD bremsen eine etwaige Kraus-Euphorie: „Wir bleiben bei der Ausschreibung, die einen Kulturschwerpunkt vorsieht“, meint Anke Schuster (SPD). Ginge das nicht auch mit einer Markthalle? „Es kommt darauf an, was Kraus vorseht.“ Allerdings hält Schuster das Herrenbad für eine Markthalle zu klein. Im Übrigen sei die SPD-Fraktion eher zweigeteilt zwischen Weidenhammer und Hoepfner („Manufactum“) gewesen, Markthalen-Freunde waren in der Minderheit. Und Judith Marggraf (GAL) fragt sich, wie OB Würzner und Baubürgermeister Raban von der Malsburg so früh wissen konnten, dass das Weidenhammer-Konzept nicht aufgeht: „Wieso wurden die Karten nicht auf den Tisch gelegt?“

Weiter zur Markthalle stehen die CDU und die Freien Wähler, die „Heidelberger“ sind dem nicht abgeneigt, weil sie für eine eher kommerzielle Nutzung sind.

„Bei mir kriegt Fauser keine feste Spielstätte“

Hans-Jörg Kraus will weiter eine Markthalle fürs Alte Hallenbad – Kultur soll, wie vom Gemeinderat gefordert, rein, aber ohne Subventionen



Von Micha Hörnle

Einmal hat Immobilieninvestor Hans-Jörg Kraus (Foto: Kresin) schon vor dem Gemeinderat verloren, als er für sein Markthalen-Konzept kämpfte. Nun rechnet er sich nach dem Rückzug der Brüder Weidenhammer gute Chancen aus – und tritt wieder an. Sollte er jetzt scheitern, dann soll es das gewesen sein.

> **Herr Kraus, waren Sie überrascht, dass die Weidenhammer-Brüder jetzt hingeschmissen haben?**

Ja und nein. Ja, weil die Absage erst so spät kam. Und nein, weil sich für mich die Kombination zwischen Investor und reinem Unterwegstheater nicht rechnet – wenn die Stadt keine Zuschüsse gibt.

> **Weidenhammer rechnet mit einem Sanierungsbedarf von zehn Millionen, Sie nur mit sechs bis sieben Millionen. Wieso die Differenz, wo doch die Weidenhammers eigentlich sehr bescheiden sanieren wollten?**

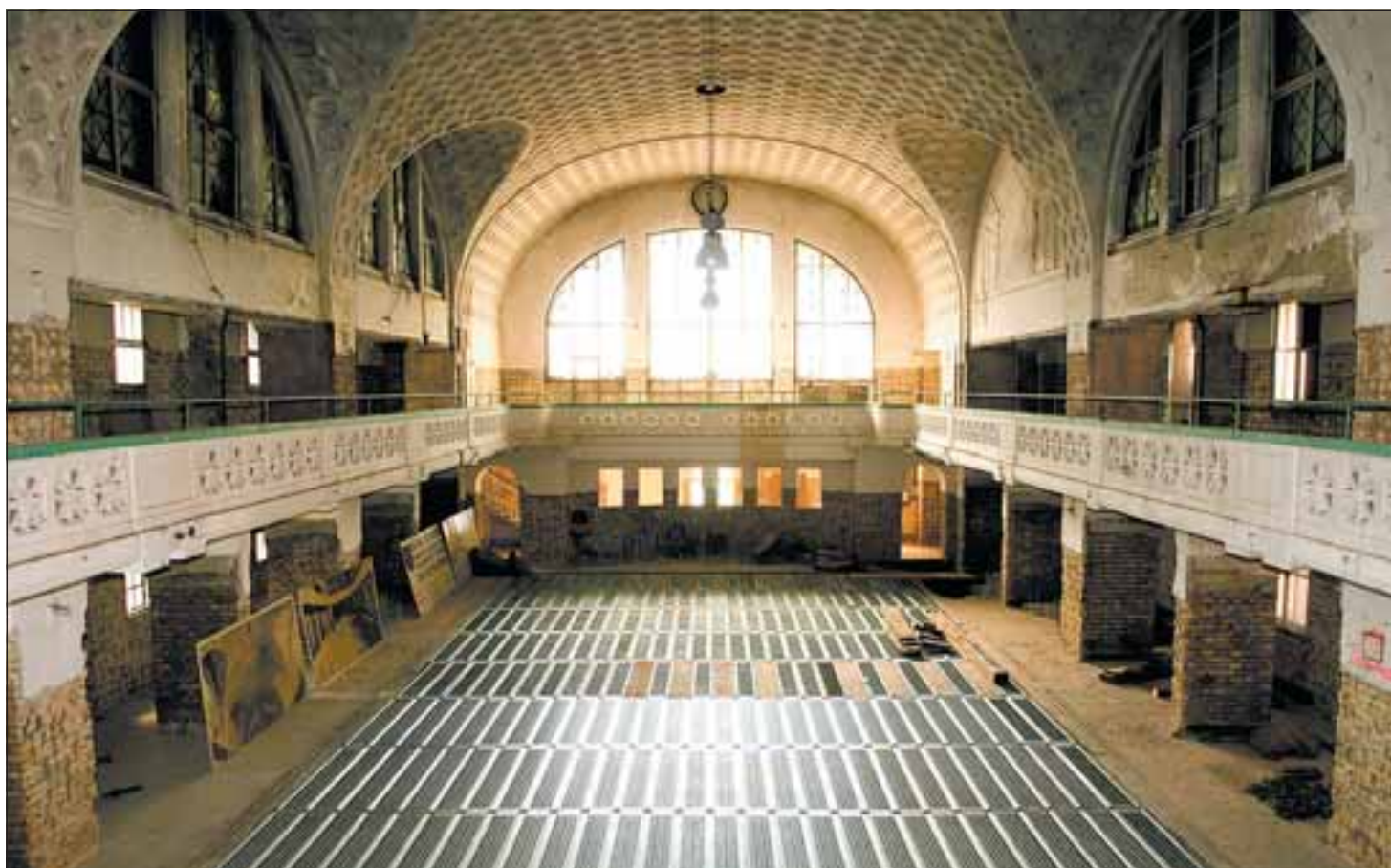
Im Heinsteinwerk haben 20 Investoren abgesagt, weil es sich nicht rechnet. Im Samariterhaus des Altklinikums könne man nicht wohnen, sagten Investoren. Heute ist das Heinsteinwerk Baustein meiner Finanzierung für das Alte Hallenbad, und im Samariterhaus wohne ich. Ist es wichtig, was die Weidenhammers kalkulieren?

> **Mal ehrlich: Wie viel brauchen Sie denn nun für die Sanierung?**

Immer noch sechs bis sieben Millionen Euro, wobei die Investitionen von den späteren Nutzern abhängig sind. Die eine Hälfte ist für die Gebäudesanierung außen, die andere für den Innenausbau.

> **Weidenhammers sagen, dass man bei zehn Millionen Investitionen mindestens 40 000 Euro Mieteinnahmen im Monat erzielen muss. Haben Sie Mieter, die so viel Geld bezahlen wollen?**

In der Summe ja, denn wir haben ein viel-



Auf jeden Fall bis Oktober kann das „Unterwegstheater“ im Alten Hallenbad bleiben – die weitere Zukunft ist ungewiss. Foto: Kresin

schichtiges Nutzerkonzept – mit Markthalle, Eventgastronomie, normaler Gastronomie und Künstlerforum. Da trägt jeder seinen Anteil zu dieser Miete bei. Die 40 000 Euro decken übrigens noch nicht mal die Zinszahlungen für die Investitionen ab, es sollte deutlich mehr sein.

> **Der Gemeinderat sagt, es solle möglichst viel Kultur ins Hallenbad, aber da scheint es bei Ihnen zu hapern.**

Nein, wir hatten schon immer viel Kultur in unserem Konzept drin, die aber nicht subventioniert ist. Das Frauenbad steht für Kulturevents zur Verfügung, im Untergeschoss ist ein Künstlerforum mit Ausstellungen geplant.

> **Aber eine Eventgastronomie mit Kultur-Touch ist doch noch keine Kultur.**

Das sagen Sie. Wie wollen Sie überhaupt Kultur definieren?

> **Das Unterwegstheater steht für einen Kulturbegriff, den man in Heidelberg will – weil er für Qualität steht.**

Wenn wir den Zuschlag bekommen, werden wir für Qualität sorgen. Garantiert.

> **Nennen Sie bitte Namen...**

Es gab Vorabgespräche mit dem Heidelberger Frühling, mit dem Stadttheater, Enjoy Jazz und dem Ball der Vampire.

> **Gibt es da einen Platz fürs Unterwegstheater?**

In diesem Rahmen ja, als feste Spielstätte nein. Aus zwei Gründen: Erstens wollen wir keine Monokultur, und zweitens hat mir Bernhard Fauser schon früh gesagt,

dass mit ihm die Kombination aus Kultur und Kommerz nicht zu machen ist.

> **Aber der OB hätte das Unterwegstheater gern im Damenbad.**

Das muss der Gemeinderat entscheiden.

> **Die Gemeinderatsfraktionen finden nicht, dass alles auf sie zuläuft. Was machen Sie, wenn ein Investor mit einem höheren Kulturanteil auftaucht?**

Ich mache gar nichts. Ich lege mein ausgearbeitetes Konzept vor wie schon vor einem Jahr. Und wenn es dem Rat nicht reichen sollte, reicht es eben nicht.

> **Was ist Ihre erste Veranstaltung im Alten Hallenbad, sollten Sie den Zuschlag kriegen?**

Meine Hochzeit, wenn sie mich will.

PROMI IN DER STADT

Marianne Birthler

Sie wacht über die Unterlagen der Stasi: Marianne Birthler (dpa-Foto) hat als Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR – zu der sie 2000 gewählt wurde – einiges zu erzählen. So auch bei ihrem Besuch in Heidelberg. Am Freitag, 18. April, wird sie in der Reihe „Aus der Nähe“ ab 20 Uhr im Hilde-

Domin Saal der Stadtbücherei über sich und ihre Arbeit sprechen. Marianne Birthler wurde 1948 in Berlin geboren. Nach dem Abitur war sie im Außenhandel tätig und absolvierte ein Fernstudium der Außenhandelswirtschaft. Seit 1986 war sie in der DDR in verschiedenen Oppositionsgruppen aktiv. Im März 1990 wurde sie Mitglied der Volkskammer und war bis zur Parlamentsauflösung Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Grüne. Nach der Wiedervereinigung war sie Abgeordnete des Bundestages.

Stirbt heute die Straßenbahn ins Feld?

Gemeinderäte erwarten gute Gründe vom Rektor für Klausenpfad-Variante – Viele sind trotzdem dagegen

Von Timo Teufert

Wenn heute der Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss in nichtöffentlicher Sitzung eine Entscheidung über die Trassenführung der Straßenbahn ins Neuenheimer trifft, kann dies das Aus für die Campus-Linie bedeuten, auch wenn der Gemeinderat noch abschließend darüber entscheiden muss. Denn sowohl Uni-Rektor Bernhard Eitel, der heute im Ausschuss begründen will, warum er die Trasse durch den Klausenpfad führen will, als auch die Gemeinderäte, die mehrheitlich für die Strecke durch die Straße „Im Neuenheimer Feld“ sind, beharren auf ihren Positionen. Nur sehr gute, neue Argumente des Rektors könnten wohl diesen gordischen Knoten zerschlagen und zu einer Lösung des Problems führen.

CDU und GAL-Grüne lehnen eine Strecke durch den Klausenpfad strikt ab. Bei der CDU-Fraktion könne sich laut Aussagen ihrer Ausschusssprecherin Kristina Essig bis auf zwei Fraktionsmitglieder niemand vorstellen, die Trasse durch den Klausenpfad zu führen. „Wir werden

nicht zustimmen“, so Essig, weil die Strecke nicht nur teuer sei, sondern man auch eine schlechtere Auslastung zu erwarten habe. Ähnlich sieht man es auch bei den GAL-Grünen. „Es gibt nichts, was für den Klausenpfad spricht“, so die Fraktionsvorsitzende Judith Marggraf. Man wolle deshalb der Variante durch den Klausenpfad „in keinem Fall zustimmen“.

Bei der SPD hingegen will man zunächst den Bericht des Rektors abwarten. „Wir hoffen immer noch auf eine Einigung“, so die Fraktionsvorsitzende Anke Schuster. Da keine neuen Erkenntnisse vorliegen, bleibt die SPD aber bei ihrer Einschätzung aus dem Jahr 2005, dass die Variante durch den Klausenpfad unwirtschaftlich sei. Außerdem sehe man bei den Gutachten, die Stadt und Universität zusammen beauftragt haben, keinen Interpretationsspielraum wie der Rektor. Sie seien eindeutig: Nichts spreche gegen eine Strecke durch die Straße „Im Neuenheimer Feld“. Zudem sei „die Stadt der Uni schon sehr weit entgegen gekommen“, so Schuster. So habe man zunächst

die Hybridbahnen geprüft und schließlich die Supercab-Straßenbahnen, die eine gewisse Strecke ohne Oberleitung fahren können, bestellt. Auch das Argument der Zerschneidung will man nicht gelten lassen: Im Süden würde der Campus ähnlich zerschnitten wie bei einer Trasse durch die Straße „Im Neuenheimer Feld“.

Die Argumente des Rektors will auch die FDP abwarten, Fraktionsvorsitzende Annette Trabold ist aber „eher für die zentrale Variante“. Sie fragt sich jedoch, wie man mit der verfahrenen Situation umgehen soll. „Entweder bekommt die Uni ihren Willen, oder wir bekommen keine Straßenbahn“, so Trabold. „Was passiert, wenn wir nein sagen?“, fragt sich auch FWV-Stadtrat Klaus Pflüger. Er erwartet gute Gründe vom Rektor, aber er lasse sich auch nicht erpressen. „So schlechte Karten hatte ich beim Skat aber noch nie.“ Wolfgang Lachenauer von den „Heidelbergern“ „tendiert nicht zur Klausenpfad-Variante“. Er bevorzugt im Gegensatz zu allen anderen eine Stichstrecke von der Berliner Straße über das DKFZ bis zum Schwimmbad.

Eitel weicht keinen Zentimeter

Uni: Entweder Straßenbahn am Klausenpfad oder gar keine

hö. Man könnte schon sagen, dass Uni-Rektor Bernhard Eitel betonhart in Sachen Neuenheimer-Feld-Straßenbahn bleibt, er wackelt keinen Zentimeter. Man könnte die Haltung aber auch konsequent nennen, da sein Vorgänger Peter Hommelhoff genau dasselbe gesagt hat. Und so erklärt Eitel nun gegenüber der RNZ, da die Straßenbahnplanungen langsam konkret werden könnten: „Die Straßenbahn kommt so (über den Klausenpfad, Anm. d. Red.) oder gar nicht.“ Denn schließlich sei der Campus, den die Tram durchschneide, „Privatgelände“. Das Land, als Eigentümer des Geländes, teile die Auffassung der Uni – was nicht verwundert, denn „das Universitätsbauamt ist die zuständige Landesbehörde“. Und weil Uni/Land auf ihrem Grund und Boden keine Erschließung über die Straße „Im Neuenheimer Feld“ wollen, sondern über den Klausenpfad, „kann der Gemeinderat beschließen, was er will, es nützt ihm nichts“, so Eitel. Seine Position sei „nicht verhandelbar“.

Es sei ja gar kein Streit um die besseren Argumente, er habe nur die Pflicht, in die Zukunft zu blicken: Durch den vielen Verkehr, auch durch die Straßenbahn, könnten die immer feineren Messinstrumente irgendwann derart beeinträchtigt werden, dass man im Neuenheimer Feld gar nicht mehr forschen kann. Und deswegen sollte langfristig auch die Straße „Im Neuenheimer Feld“ für den gesamten Verkehr gesperrt werden. Ihm gehe es vor allem darum, „störende Einflüsse auf die wissenschaftliche Entwicklung aus dem Neuenheimer Feld herauszubekommen“. Das sei übrigens nicht seine Privatangelegenheit, sondern sei die unumstößliche Meinung der Forschungsinstitute dort.

Eitel verwahrte sich gegen die Vermutung, die Uni wolle nur deswegen den Ausbau des Klausenpfades, um nachher im Handschuhheimer Feld expandieren zu können: „Im Augenblick gibt es keine Planungen dafür. Wir haben auf dem Campus noch genügend Flächen, die wir entwickeln können.“ Und ein möglicherweise ausgebaute Klausenpfad müsse auch nicht zwangsweise in die heiß umstrittene Fünfte Neckarquerung münden: „Dafür gibt es gar keinen Grund. Ich bin für den Campus zuständig, nicht für dessen Erschließung.“ Und ob zu der so zwingend die Straßenbahn gehört? Man hat den Eindruck, dass, wenn die Tram nicht käme, für Eitel die Welt auch nicht unterginge.

Zoll-Razzia im Institut für Plastination

Verdacht auf Schwarzarbeit – 120 Beamte im Einsatz – Gunther von Hagens: „Wir haben keine Scheinselbstständigen beschäftigt“

Von Holger Buchwald

Die Zollbeamten kamen ohne Vorwarnung. 120 Mitarbeiter der Finanzkontrolle Schwarzarbeit waren im Einsatz, als sie gestern Vormittag die Räume des von Körperwelten-Macher Gunther von Hagens und seiner Frau Angelina Whalley gegründete Institut für Plastination in Heidelberg und das Plastinationsmuseum im brandenburgischen Guben zu durchsuchen. Der Geschäftsführerin werde vorgeworfen, seit 2005 Schwarzarbeiter zu beschäftigen, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung des Zolls und der Heidelberger Staatsanwaltschaft. Unter dem „Deckmantel der Selbstständigkeit“ soll sie „ausländische Staatsbürger als Plastinationshelfer oder Plastinationsfachkräfte“ beschäftigt haben, ohne die fälligen Steuern und Sozialabgaben zu entrichten.

Bereits während der Durchsuchung seien zahlreiche Zeugen vernommen worden. In Heidelberg waren rund 40 Beam-



Zoll-Beamte durchsuchten unter anderem diese Geschäftsräume des Instituts für Plastination in Heidelberg. Foto: Kresin

te im Einsatz, so Zoll-Sprecher Heinz Michael Horst. Zahlreiche Computer und Akten seien beschlagnahmt worden. Die Auswertung werde voraussichtlich mehrere Monate dauern. Offenbar sollen vor allem polnische Staatsangehörige illegal beschäftigt worden sein.

„Gunther von Hagens wird nicht beschuldigt“, betont Kerstin Anderson, Sprecherin der Staatsanwaltschaft. Sie weist darauf hin, dass er nicht Geschäftsführer des Instituts sei. Trotzdem melde sich der Plastinator gestern selbst zu Wort. Den Zollbeamten sei Einsicht in sämtliche Unterlagen gewährt worden. Sie belegten, dass keine illegale Beschäftigungsverhältnisse bestanden. Hagens: „Ich bin davon überzeugt, dass die Überprüfung wie frühere Untersuchungen der Behörden alsbald jeglichen Verdacht der Scheinselbstständigkeit zerstreuen wird.“ Er sehe dem Ergebnis der Ermittlungen „mit großer Gelassenheit“ entgegen. Täglich würden in Deutschland „tausendmal“ solche Überprüfungen stattfinden.